

Thema im Unterricht/Extra Arbeitsmappe



Wahlen für Einsteiger

— Bestell-Nr. 5307 — ISBN 978-3-8389-7004-2

24

Arbeitsblätter

ab Klasse 8



VORAB



— Zum Autor



Bruno Zandonella
leitete von 1990 bis 1997 das Fachreferat „Deutschland und Europa“ bei der Landeszentrale für

politische Bildung, Baden-Württemberg. Seither ist er Abteilungsleiter am Gottlieb-Daimler-Gymnasium in Stuttgart-Bad Cannstatt und unterrichtet die Fächer Gemeinschaftskunde, Wirtschaft, Ethik und Deutsch.

Arbeitsschwerpunkte: Europäische Integration, Sozialpolitik, Politische Ideengeschichte und Wirtschaftspolitik.

Veröffentlichungen u.a.:

- Thema im Unterricht: Wirtschaft für Einsteiger; Wahlen für Einsteiger; Europa für Einsteiger
- Themenblätter im Unterricht: Konjunktur; Arbeitslosigkeit; Staatsverschuldung, Migration und Integration u.a.
- Pocket Europa
- Falter Zeitgeschichte Nr. 2: Die Europäische Union

— Impressum

— Herausgeberin: Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de
— E-Mail der Redaktion: edu@bpb.de (keine Bestellungen!)

— Autor: Bruno Zandonella
— Redaktion: Johannes Winter (verantwortlich), Samini Mahendran

— Gestaltung und Illustration: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln, www.leitwerk.com

— Druck: Bonifatius GmbH, Paderborn
— Papier: 100 % Recyclingpapier – Gedruckt auf CO₂-neutralem Papier, das mit dem Blauen Engel und dem FSC-Recycling-Siegel ausgezeichnet ist.

— Urheberrechte: Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

— Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

— Redaktionsschluss der fünften Auflage: März 2020, Bestell-Nr. 5307, ISBN 978-3-8389-7004-2 (siehe Bestellcoupon auf der vorletzten Seite)

Inhalt

Vorab: Zum Autor, Impressum, Liste der Arbeitsblätter

Arbeitsblatt 01–24: Arbeitsblätter zum Thema „Wahlen für Einsteiger“

Hinweise: Weiterführende Literatur, Internetadressen und Bestellcoupon

Rückseite: Werbung für die Reihe „Thema im Unterricht/Extra“

— Liste der Arbeitsblätter

- 01: Wählen. Ich bin so frei. Nachdenken über die Wahlfreiheit
- 02: Wahlmüde oder wahlbegeistert? (1)
- 03: Wahlmüde oder wahlbegeistert? (2)
- 04: Wozu wählen? Grundfunktionen demokratischer Wahlen
- 05: Wann ist eine Wahl demokratisch?
- 06: Wahl(un)recht in der deutschen Geschichte (1)
- 07: Wahl(un)recht in der deutschen Geschichte (2)
- 08: Wahlsysteme im Vergleich (1)
- 09: Wahlsysteme im Vergleich (2)
- 10: Wahlsysteme im Vergleich (3)
- 11: Die Bundestagswahl – Wie aus Wählerstimmen Sitze werden (1)
- 12: Die Bundestagswahl – Wie aus Wählerstimmen Sitze werden (2)
- 13: Die Bundestagswahl – Wie aus Wählerstimmen Sitze werden (3)
- 14: Einfacher, effektiver und gerechter? Vorschläge zur Reform des Wahlrechts
- 15: Wahlrecht auch für Kinder und Jugendliche?
- 16: Wählen und Abstimmen – Ein Kreuzchen, zwei Bedeutungen
- 17: Mehr direkte Demokratie wagen?
- 18: Mit-, ein-, aufmischen – Wie können wir politisch Einfluss nehmen?
- 19: Wer wählt welche Partei?
- 20: Was beeinflusst die Wahlentscheidung?
- 21: Wahlkampf zwischen Bürgerdialog und Marketing
- 22: Roboter als Wahlkämpfer? (1)
- 23: Roboter als Wahlkämpfer? (2)
- 24: Wahlkreuzworträtsel

Zeichenerklärung: ♀ steht für die weibliche Form des vorangehenden Begriffs, also z.B. „Bürger♀“ statt „Bürgerinnen und Bürger“ oder „BürgerInnen“. Ein Vorschlag zur besseren Lesbarkeit – ohne Frauen einfach wegzulassen.

— Hinweis der Redaktion: Ausfüllhilfen, weiterführende Hinweise für den Einsatz der Arbeitsblätter im Unterricht und Kopiervorlagen finden Sie unter:

www.bpb.de/shop/lernen > Thema im Unterricht > Wahlen für Einsteiger



ARBEITSBLATT
02

Wahlmüde oder wahlbegeistert? (1)

1 Welcher Wählertyp bist du? Teste deine Wahlneigung!

➔ Die folgenden Meinungen über das Wählen sind in Diskussionen häufig zu hören. Welchen Aussagen stimmst du zu? Kennzeichne deine Antwort in den drei Spalten (+ = „stimme zu, halte ich für richtig“, – = „stimme nicht zu / bin anderer Meinung“, o = „weiß nicht / unentschieden“)

Addiere anschließend die markierten Zahlen und bestimme mithilfe der Summe dein Ergebnis.

	+	–	o
1. „Demokratie funktioniert nur, wenn sich möglichst alle Bürger [☺] daran beteiligen.“	+ 1	– 1	o
2. „Mein Alltag hat mit Politik nichts zu tun. Ich interessiere mich nicht sonderlich für Politik. Wieso sollte ich da wählen gehen?“	– 2	+ 2	o
3. „Jede Stimme ist wichtig, auch meine. Ich gehe wählen, weil ich so über die Zukunft unseres Landes mitbestimmen kann.“	+ 2	– 2	o
4. „Das Recht zur freien Wahl der eigenen Volksvertretung ist das wichtigste Bürgerrecht. Darauf sollte man nicht leichtfertig verzichten, denn viele Menschen haben dafür gekämpft und gelitten.“	+ 2	– 2	o
5. „Die Parteien gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Da kann ich mich gar nicht entscheiden.“	– 1	+ 1	o
6. „In der Masse der Wähler [☺] zählt meine Stimme ohnehin nichts.“	– 2	+ 2	o
7. „Ich würde gerne an einem Volksentscheid teilnehmen und über eine politische Sachfrage abstimmen, aber wählen und Politikern [☺] einen Blankoscheck ausstellen, damit sie vier Jahre tun und lassen können, was sie wollen, dazu bin ich nicht bereit.“	– 1	+ 1	o
8. „Ich gehe wählen, weil sonst andere über mich und mein Leben entscheiden.“	+ 1	– 1	o
9. „Ich gehe wählen, weil wir einen Politikwechsel in unserem Land dringend nötig haben.“	+ 1	– 1	o
10. „Ich kenne keine Partei, die mich überzeugt und meine Interessen vertritt.“	– 1	+ 1	o
11. „Ich will bei Entscheidungen mitbestimmen, die für mein Leben wichtig sind, ob es nun um Steuern geht, um Arbeitsplätze oder sogar um Fragen von Krieg und Frieden.“	+ 2	– 2	o
12. „Wer heutzutage etwas bewirken will, erreicht mit Wählen sowieso nichts. Die Politik folgt sowieso nur den Interessen der Wirtschaft.“	– 1	+ 1	o
13. „Wählen ändert doch nichts, denn die Politiker [☺] verfolgen sowieso nur ihre eigenen Interessen.“	– 2	+ 2	o
14. „Vor Wahlen suchen die Politiker [☺] vermehrt das Gespräch mit den Bürgern [☺] . In Wahlkampfzeiten kann ich verstärkt auf Politiker [☺] einwirken und die zukünftige Richtung der Politik beeinflussen.“	+ 1	– 1	o
Summe			

— Ergebnis:

–20 bis –15 Punkte	Politikverdrossener Nichtwähler [☺]
–14 bis –5 Punkte	Wahlmuffel
–4 bis +4 Punkte	Unentschlossener Wackelkandidat [☺]
+5 bis +14 Punkte	Überzeugter Wähler [☺]
+15 bis +20 Punkte	Begeisterter Wähler [☺]



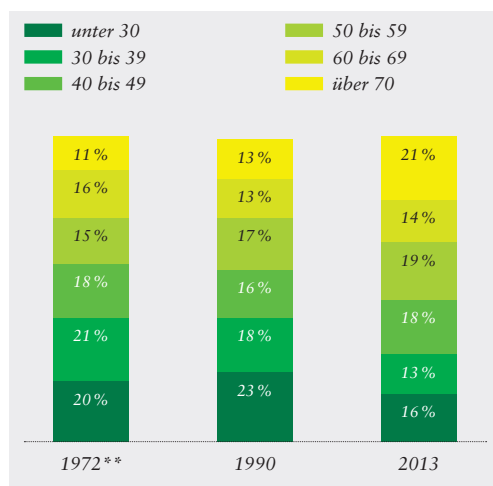
Wahlmüde oder wahlbegeistert? (2)

2 Wahlbeteiligung nach Altersgruppen

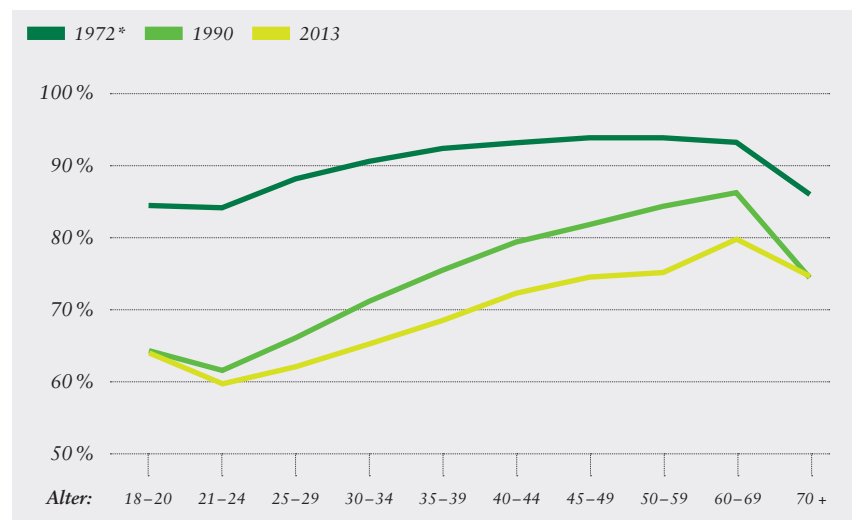
➡ 1. Beschreibt die in den beiden Diagrammen dargestellten Entwicklungen:

➡ 2. Erörtert mögliche Ursachen und Folgen:

— M1: Wahlberechtigte* bei Bundestagswahlen nach Altersgruppen (in Jahren)



— M2: Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Altersgruppen (in Jahren)



— Quellen M1 und M2: BiB 2014 / demografie-portal.de; © Leitwerk

* rundungsbedingt insg. 101 % bei 1972 und 2013 / ** früheres Bundesgebiet ohne Westberlin

➡ 3. Wie kann man junge Menschen motivieren, zur Wahl zu gehen?

Sammelt Ideen und diskutiert die Vorschläge:



Wozu wählen?

Grundfunktionen demokratischer Wahlen

➔ Wahlfunktionen

In der Demokratie erfüllen Wahlen verschiedene Aufgaben (Funktionen). Die wichtigsten sind:

Legitimation politischer Herrschaft / Kontrolle der Regierenden / Integration der Bürger*innen / Partizipation / Repräsentation des Volkes

- ➔ 1. Welche Wahlfunktion gehört zu welchem Text? Fülle die Überschriftenzeilen **A–E** richtig aus.
- ➔ 2. Welche Abbildung gehört zu welcher Funktion? Fülle die Kästchen unter den Texten **A–E** richtig aus.

A _____

Demokratie bedeutet Herrschaft auf Zeit. Die Gewählten müssen sich regelmäßig in Wahlen vor den Bürgern*innen verantworten. Die Wähler*innen können die bisherige Regierung bestätigen oder abwählen und der Opposition die Chance geben, eine andere Politik zu betreiben.

Abbildung Nr.: ☐

B _____

Bei Wahlen haben die Bürger*innen erheblichen Einfluss auf die Politik. Sie entscheiden über Personen, politische Ziele und Programme. Wählen ist eine wichtige Form der politischen Mitbestimmung.

Abbildung Nr.: ☐

C _____

Die Abgeordneten vertreten im Parlament die Bürger*innen und ihre unterschiedlichen Interessen. Der Bundestag soll die vielfältigen Meinungen und Überzeugungen der Wähler*innen widerspiegeln.

Abbildung Nr.: ☐

D _____

Die Wähler*innen ermächtigen die Abgeordneten, Gesetze zu erlassen, die für alle verbindlich sind.

Abbildung Nr.: ☐

E _____

Eine hohe Wahlbeteiligung zeigt, dass die Bürger*innen den demokratischen Institutionen grundsätzlich vertrauen. Werden demokratische Wahlen und ihre Ergebnisse von der Bevölkerung akzeptiert, können gesellschaftliche Konflikte friedlich ausgetragen werden, ohne die Stabilität des politischen Systems zu gefährden.

Abbildung Nr.: ☐



— Abb. 1: Abstimmung im Bundestag über ein Gesetz



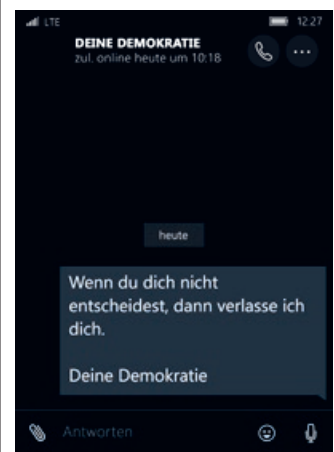
— Abb. 2: Landtagswahl Baden-Württemberg 2011



— Abb. 3: Bundestagswahl 2009



— Abb. 4: Flyer zum Frauentag 2017 Sachsen



— Abb. 5: Aktion zur Bundestagswahl

Wann ist eine Wahl demokratisch?

➡ Wahlrechtsgrundsätze: Merkmale demokratischer Wahlen

Auch in Diktaturen wird gewählt. Wahlen dienen hier der Maskierung von autoritären Herrschern ☹. Ein politisches System kann nur dann als freiheitlich und demokratisch charakterisiert werden, wenn es bestimmte Rechte garantiert, zum Beispiel die Presse- und Meinungsfreiheit. Oppositionelle Parteien sollten sich frei gründen und ungehindert arbeiten können und auch die Durchführung von Wahlen muss demokratischen Grundsätzen folgen.

➡ Trage die fünf Merkmale einer demokratischen Wahl ein.

— **Tipp:** Die fünf Wahlrechtsgrundsätze sind im Grundgesetz verankert. Du findest sie in Art. 38.

_____ sind Wahlen, bei denen jeder Wähler ☺ mit seiner Stimme den gleichen Einfluss auf das Wahlergebnis hat.

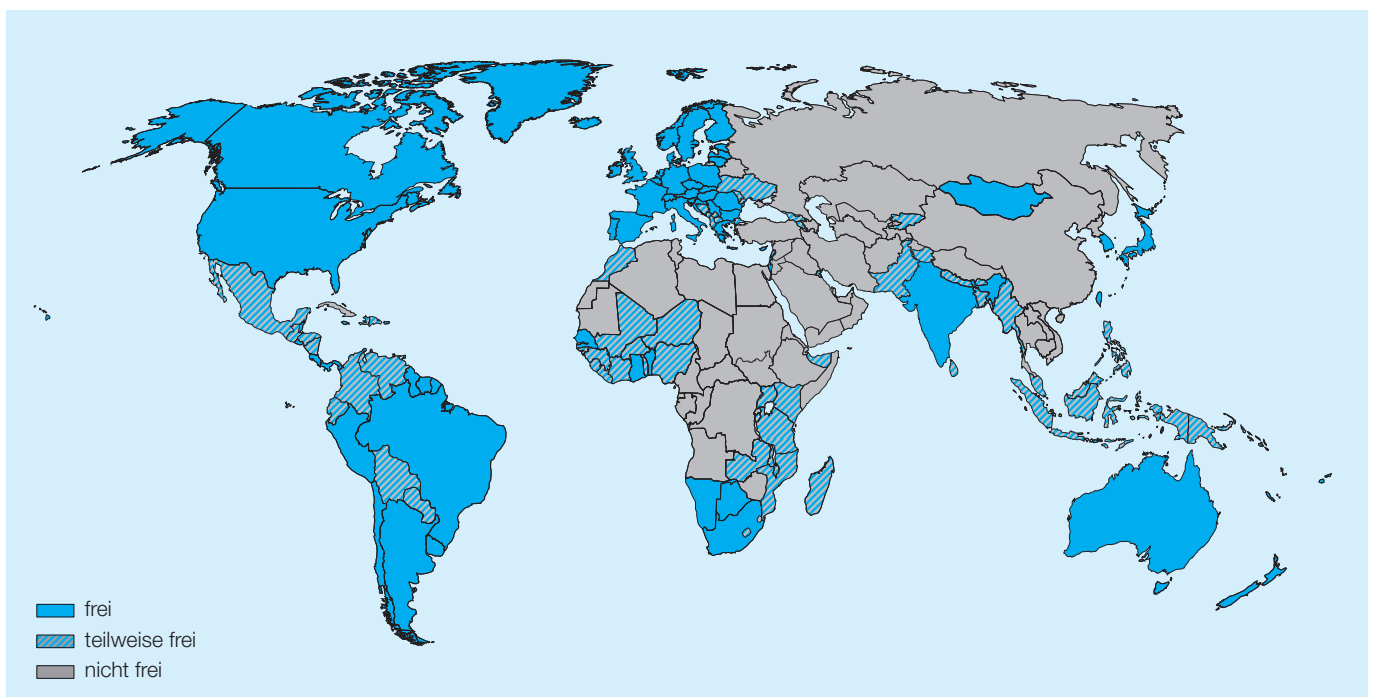
_____ müssen demokratische Wahlen sein, damit niemand feststellen kann, wie der einzelne Bürger ☺ gewählt hat. Nur so ist eine Stimmabgabe ohne Zwang oder unzulässige Beeinflussung gewährleistet.

_____ sind Wahlen, wenn die Stimmabgabe ohne Druck erfolgt und auf die Wählenden kein Zwang ausgeübt wird. Keinem Wähler ☺ dürfen wegen seiner Wahlentscheidung Nachteile entstehen. Demokratische Wahlen müssen auch eine Auswahl echter politischer Alternativen bieten.

_____ ist eine Wahl, bei der grundsätzlich alle Staatsbürger ☺ wählen und gewählt werden können – unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Sprache, Einkommen oder Besitz, Beruf, Bildung, Konfession oder politischer Überzeugung.

_____ sind Wahlen, bei denen die Abgeordneten direkt und allein durch die Stimmabgabe der Wähler ☺ bestimmt werden, ohne dass ein „fremder Wille“ dazwischengeschaltet ist.

— Freedom House: Karte der Freiheit 2018



Freedom House ist eine Forschungseinrichtung mit Hauptsitz in Washington. Sie stellt einen jährlichen Bericht über den Grad demokratischer Freiheiten zur Diskussion. In dem Bericht wird der gegenwärtige Stand der bürgerlichen und politischen Rechte in jedem Land der Welt nach bestimmten Kriterien gemessen.

Wahl(un)recht in der deutschen Geschichte (1)

Allgemeine und freie Wahlen wurden in Deutschland erst allmählich im Laufe der letzten zwei Jahrhunderte erkämpft. Bevor sich ein demokratisches Wahlrecht durchsetzen konnte, wurden Wahlen auch hierzulande wiederholt manipuliert und missbraucht.

➔ Untersuche die folgenden Berichte und Quellen und stelle fest, gegen welche Grundsätze demokratischer Wahlen verstoßen wurde. Benutze dazu die Merkmale aus Arbeitsblatt 05.

— M1: Dreiklassenwahlrecht in Preußen



— Abb. 1: Plakat von 1914

In Preußen wurde 1849 das Dreiklassenwahlrecht eingeführt, das bis 1918 gültig blieb. Wahlberechtigt waren alle Männer im Alter ab 25 Jahren. Sie wurden nach ihrer jeweiligen Steuerleistung in drei Klassen eingeteilt. Die erste Klasse umfasste Bürger der reichen Oberschicht, die zweite den wohlhabenden Mittelstand und die dritte schließlich die Angehörigen einer breiten Unterschicht, die wenig oder gar keine Steuern zahlten.

Jede Wählerklasse stellte ein Drittel der Wahlmänner, die dann ihrerseits die Abgeordneten wählten. Dabei waren sie nicht an die Weisungen der Urwähler gebunden.

Bei den Wahlen im Jahre 1903 wählte der damalige Reichskanzler von Bülow (in seinem Wahlkreis) zusammen mit 270 weiteren Wählern der dritten Klasse zwei Wahlmänner aus, während der Wurstfabrikant Heffter die beiden Wahlmänner der ersten Klasse alleine bestimmen konnte.

Außerdem wurden die Wahlen öffentlich abgehalten. Viele Unternehmer und Dienstherrn achteten sehr genau darauf, für welche Kandidaten ihre Arbeiter und Angestellten stimmten. Aus Ostpreußen wird folgende Anekdote berichtet: Vor der Wahl versammelte der Gutsherr das [männliche] Gesinde des Wahlkreises um sich. „Und dass mir ja keine rote (d.h. SPD-) Stimme dabei ist! Wenn bei der Auszählung keine rote Stimme dabei ist, gibt's Freibier für alle!“ Der Gutsherr konnte sich bei offener Abstimmung am Wahltag davon überzeugen, dass niemand SPD gewählt hatte. Da er aber nicht gewillt war, Freibier auszuschenken, gab er schließlich seine eigene Stimme der SPD.

— Quelle: Flesch, Kai: Gewählt ist gewählt, adatia Verlag St. Augustin 2008, S. 119 f.

— M2: Wahlen im Dritten Reich



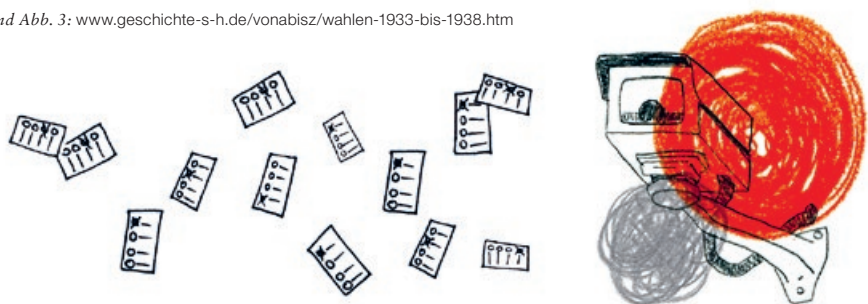
— Abb. 2: Wahrschein 1936



— Abb. 3: „Jeder Wähler, der am Sonntag seine Wahlpflicht erfüllt, erhält diese Plakette.“

Am Wahltag weckten Spielmannszüge der SA oder der HJ die Bevölkerung. Die Wahlpropaganda machte auch vor den Wahllokalen nicht Halt und in ihnen überwachten zumeist NSDAP-Mitglieder als Wahlvorstände die Abstimmung. Offiziell waren Wahlurnen und -kabinen vorgeschrieben und wurde auf das Wahlgeheimnis abgehoben: (...) Allerdings hingen im Wahllokal Hakenkreuzfahnen und Portraits des Reichskanzlers Adolf Hitler. Den Parteimitgliedern war es „erlaubt“ in Dienstuniform den Wahldienst zu verrichten. Nach fast allen Wahlen erhielt man ein Wahlabzeichen, wodurch man auf der Straße sozialen Druck gegenüber den Nichtwählern ausübte, ebenfalls wählen zu gehen. Die SA durfte die Wählerlisten einsehen und begann von Mittag an ihren „Wahlschleppdienst“, um sogenannte „säumige“ Wählerinnen und Wähler zu Hause aufzusuchen. Wer sich diesem Zwang, zur Wahl zu gehen, entzog, konnte auch nach der Abstimmung noch mit Sanktionen – etwa seitens des Arbeitgebers – rechnen. Offiziell mußte öffentlich ausgezählt werden, doch sehr wahrscheinlich wurde von 1936 an die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

— Quelle M2 und Abb. 3: www.geschichte-s-h.de/vonabisz/wahlen-1933-bis-1938.htm



Wahl(un)recht in der deutschen Geschichte (2)

— M3: Wahlen in der DDR

Am 7. Mai 1989 sind die DDR-Bürger wieder einmal aufgerufen, die „Kandidaten der Nationalen Front“ zu wählen. Das Wahlverfahren ist jedoch nur scheinbar demokratisch: Auf einer von der SED abgesegneten Einheitsliste stehen die Kandidaten – die fast keinem der Wähler bekannt sind. Eine Abstimmung über einzelne Wahlvorschläge ist nicht möglich. Es gibt nur die Unterscheidung zwischen Ja-Stimme, Nein-Stimme und ungültiger Stimme für die gesamte Liste. Was nur wenige DDR-Bürger wissen: Eine Nein-Stimme, also eine Ablehnung des Wahlvorschlags wird nur dann anerkannt, wenn der Wähler auf der Liste jeden einzelnen Namen säuberlich durchstreicht. Jede Abweichung von dieser äußeren Form macht den Stimmzettel ungültig.

Zwar ist in jedem Wahlbüro eine Wahlkabine aufgebaut, doch werden die Bürger, welche die Kabine tatsächlich benutzen, von den bestellten, linientreuen Wahlhelfern registriert: In einem sozialistischen Staat hat in ihren Augen ein rechtschaffener Mensch nichts zu verbergen. In der Bevölkerung wird der Gang zur Wahlurne deshalb auch treffend als „Zettelfalten“ bezeichnet.

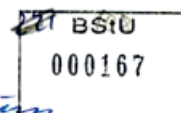
Es gibt die ungeschriebene Verpflichtung, an der Wahl teilzunehmen, und die Wahlbeteiligung der DDR-Bevölkerung liegt auch ohne die unmittelbare Anwendung von Druckmitteln bei weit über 90 Prozent. Wer jedoch bis 16 Uhr nicht ins Wahllokal kommt, muss damit rechnen, dass ihn Wahlhelfer zu Hause aufsuchen, um die fehlende Stimme abzuholen. Die Wahlkreise konkurrieren untereinander um die höchste Zustimmungsrates. 99 Prozent sollen es am besten sein – und so muss hier und da manipuliert werden.

Quellen: „Proteste gegen den Wahlbetrug“, www.jugendopposition.de/index.php?id=209

 (ehemalige Parteivorsitzende der CDU in
Köln) musste erst von einem jungen
Parteivorsitzenden am Nachmittag aus

Dokument 4.2

- 2 -



seinen Boden geholt werden, um
seiner Wahl nachzukommen. Am Geräusch
wurde festgestellt, daß es alle Kandidaten
gestrichen hat

— In einem Bericht vom 7. Mai 1989
über die Wahl im Ort Menz (Brandenburg)
hält die Staatssicherheit fest, dass der
ehemalige Parteivorsitzende der CDU
(Name geschwärzt) alle Kandidaten auf
dem Wahlzettel durchgestrichen hat.

➡ Welche Verstöße gegen demokratische Wahlrechtsgrundsätze hast du festgestellt? Trage sie stichwortartig in die Tabelle ein.

— A Wahlrechtsverstöße
in Preußen (Dreiklassenwahlrecht)

— B Wahlrechtsverstöße
im Dritten Reich

— C Wahlrechtsverstöße
in der DDR

Wahlsysteme im Vergleich (1)

Am Wahltag geben die Wähler[☺] ihre Stimme ab und erfahren dann am Abend, welche Partei gewonnen hat oder wie der neue Regierungschef[☺] heißt. Aber wie wird aus Millionen Stimmzetteln politische Macht? Die Wählerstimmen müssen gezählt und in politische Mehrheitsverhältnisse umgerechnet werden. Dies geschieht auf ganz unterschiedliche Weise:

Bei den **Präsidentenwahlen in den USA** am 8. November 2016 stimmten 48 Prozent der Wähler[☺] für Hillary Clinton von der Demokratischen Partei. Zum Präsidenten gewählt wurde aber ihr republikanischer Gegenkandidat Donald Trump, obwohl er 2,8 Millionen Wählerstimmen weniger erhielt, also lediglich 46 Prozent. Der US-Präsident[☺] wird nicht direkt gewählt, sondern von Wahlmännern[☺], die von den einzelnen Bundesstaaten entsandt werden. Wahlentscheidend sind nicht allein die Wählerstimmen, sondern die Mehrheitsverhältnisse im Wahlmännerkollegium (Electoral College). Hier votierten 232 Wahlmänner[☺] für Hillary Clinton, 306 für Donald Trump.

Bei den **Parlamentswahlen in Großbritannien** am 7. Mai 2015 erreichte die Konservative Partei einen Stimmenanteil von 36,9 Prozent. Dies brachte ihr im Britischen Unterhaus eine absolute Mehrheit von 331 der insgesamt 650 Abgeordneten. Im Vergleich dazu haben CDU und CSU bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 besser abgeschnitten und zusammen 41,5 Prozent der Wählerstimmen erhalten. Aber im Bundestag reichten die 311 von 631 Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion nicht aus, um alleine eine Regierung zu bilden.

Diese Beispiele belegen, dass *auch* das Wahlsystem über die Zusammensetzung des Parlaments entscheidet oder bestimmt, wer die Regierung stellt. Es gibt eine Vielzahl von historisch gewachsenen Wahlverfahren. Sie lassen sich auf zwei Grundformen zurückführen: **Mehrheitswahl** und **Verhältnisswahl** (siehe Definitionen rechts am Rand).

Anhand des *Zahlenbeispiels auf Arbeitsblatt 09* kannst du die Auswirkungen von Mehrheitswahl und Verhältnisswahl auf das Ergebnis selbst herausfinden.

— Mehrheitswahl: „Dem Sieger[☺] alles“

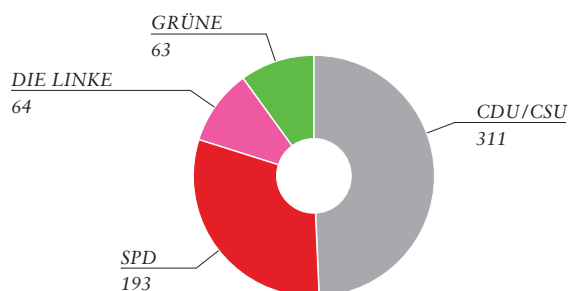
Bei der **relativen** Mehrheitswahl wird das Wahlgebiet in so viele Wahlkreise eingeteilt, wie Abgeordnete zu wählen sind. Der Wähler[☺] hat eine Stimme, die er dem Wahlkreiskandidaten[☺] gibt. Der Kandidat[☺], der die meisten Stimmen erhält, zieht ins Parlament ein. Die Stimmen der unterlegenen Kandidaten[☺] verfallen. Bei einer **absoluten** Mehrheitswahl benötigt ein Kandidat[☺] über die Hälfte der Wählerstimmen. Erreicht er das im ersten Wahlgang nicht, findet eine Stichwahl unter den beiden Bewerber[☺] mit den meisten Wählerstimmen statt.

— Verhältnisswahl: „Jedem[☺] nach seinem Anteil“

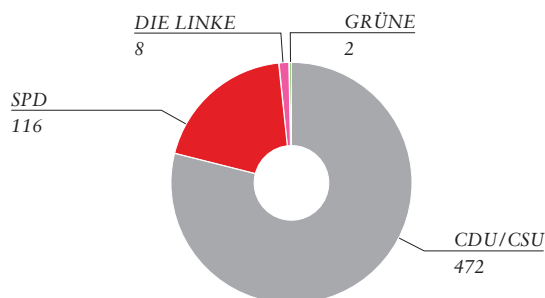
Beim Verhältnisswahlrecht entscheiden sich die Wähler[☺] nicht für einzelne Kandidaten[☺], sondern für die Liste einer Partei. Welche Personen als Volksvertreter[☺] ins Parlament einziehen, darüber entscheiden die Parteien, indem sie eine Rangfolge ihrer Listenkandidaten[☺] festlegen. Jede Partei schickt so viele Abgeordnete ins Parlament, wie es ihrem Stimmenanteil im gesamten Wahlgebiet entspricht. Wenn es keine Sperrklauseln gibt (z.B. Fünfprozenthürde bei der Bundestagswahl), sind auch sehr kleine Parteien im Parlament vertreten.

— Dasselbe Wahlergebnis, unterschiedliche Sitzverteilungen

1. Sitzverteilung im Deutschen Bundestag nach personalisiertem Verhältnisswahlrecht* (2013)



2. Sitzverteilung im Deutschen Bundestag nach Mehrheitswahlrecht** (2013)



— Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Berechnung; © Leitwerk

* siehe dazu AB 11 und AB 12
** Wahlkreissitze auf Regelgröße des Bundestages hochgerechnet; hypothetische Verteilung

Wahlsysteme im Vergleich (2)

➔ 1. In unserem Beispielstaat geben eine Million Wähler^{innen} ihre Stimmen in 10 Wahlkreisen ab. Vier Parteien und ihre Kandidat^{innen} stellen sich zur Wahl. Berechne die Verteilung der insgesamt zehn Sitze im neuen Parlament nach dem **Mehrheits-** und nach dem **Verhältniswahlrecht**.

— Mehrheitswahlrecht (zehn Sitze sind zu vergeben)

Wahlkreis (WK) Pro Wahlkreis je 100.000 Wähler ^{innen}	Partei A Erzielte Wählerstimmen:	Partei B Erzielte Wählerstimmen:	Partei C Erzielte Wählerstimmen:	Partei D Erzielte Wählerstimmen:	Mehrheitswahl Einen Sitz erhält der Kandidat ⁱⁿ der Partei...
WK 1	33.000	40.000	21.000	6.000	<u>B</u>
WK 2	28.000	41.000	16.000	15.000	
WK 3	64.000	11.000	20.000	5.000	
WK 4	29.000	48.000	12.000	11.000	
WK 5	25.000	45.000	20.000	10.000	
WK 6	52.000	28.000	12.000	8.000	
WK 7	34.000	35.000	15.000	16.000	
WK 8	56.000	29.000	8.000	7.000	
WK 9	58.000	22.000	12.000	8.000	
WK 10	32.000	51.000	8.000	9.000	
Summe	411.000	350.000	144.000	95.000	

— Verhältniswahlrecht (zehn Sitze sind zu vergeben)

Die Berechnung:
$$\frac{\text{Gesamtzahl der Sitze} \times \text{Stimmenzahl der Partei}}{\text{Gesamtzahl der Stimmen aller Parteien}}$$

Vor dem Komma ist abzulesen, wie viele Sitze jede Partei mindestens erhält.
Die dann noch zu vergebenden Sitze werden den Parteien in der Reihenfolge der größten Zahlenbruchteile hinter dem Komma zugeteilt.

	Partei A	Partei B	Partei C	Partei D
Ergebnis (auf Hundertstel genau)				
Endgültige Sitzverteilung				
<i>Zum Vergleich: Sitzverteilung nach dem Mehrheitswahlsystem</i>				



➔ 2. Ein Wahlsystem soll den politischen Willen der gesamten Wählerschaft im Parlament sowohl möglichst genau abbilden, als auch eine regierungsfähige Mehrheit hervorbringen. Welches Wahlsystem erfüllt welche Aufgabe besser?

➔ 3. Lassen sich auch beide Ziele in idealer Weise gleichzeitig erreichen?

Wahlssysteme im Vergleich (3)

➔ 4. Ergänze die folgenden Sätze zu richtigen Aussagen über das jeweilige Wahlssystem. Trage dazu den Begriff „Mehrheitswahl“ oder „Verhältnisswahl“ ein.

— **Tipp:** Für das Lösungswort schreibe die Buchstaben zunächst aller Aussagen über die Verhältnisswahl, dann die über die Mehrheitswahl in die Kästchen:

1. Das _____ recht ist gerechter, weil jede Stimme gleich viel zählt und auch kleine Parteien entsprechend ihrer Stärke im Parlament vertreten sein können.

2. Die direkte Wahl von Personen beim _____ recht trägt zu einer intensiveren Verbindung zwischen dem Abgeordneten* und den Bürgern* in seinem Wahlkreis bei.

3. Das _____ recht berücksichtigt den gesellschaftlichen Wandel, denn neue politische Strömungen und Parteien erhalten leichter Zugang zum Parlament.

4. Die Wähler* entscheiden bei der _____ direkt über die Regierung und nicht die Parteien in Koalitionsverhandlungen nach der Wahl.

5. Experten* haben beim _____ recht größere Chancen, im Parlament vertreten zu sein, denn sie können bei Wahlen über die Landesliste einer Partei besser abgesichert werden.

6. Die _____ führt in der Regel zu einem Zweiparteiensystem und fördert die Bildung stabiler Regierungen.

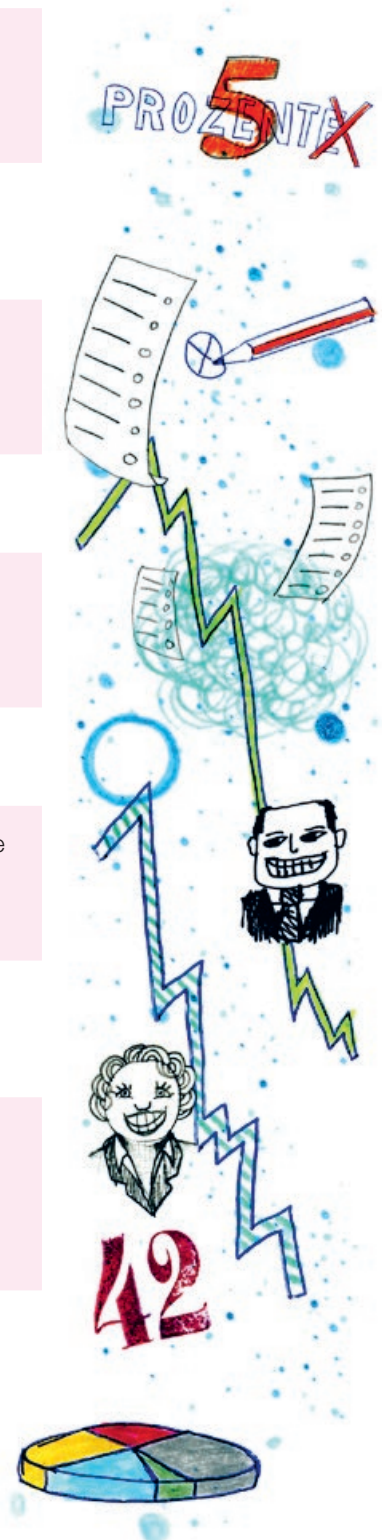
7. Beim _____ recht lassen sich die Wahlergebnisse nicht durch eine gewiefte Wahlkreiseinteilung zugunsten einer Partei manipulieren (keine „Wahlkreisgeometrie“).

8. Beim _____ system haben kleine Parteien nur geringe Chancen, ins Parlament einzuziehen. Dadurch wird dort eine Zersplitterung durch viele Parteien verhindert.

9. Beim _____ recht kommt es zur Bildung von Koalitionen und zum Aushandeln von Kompromissen, so dass möglichst viele politische Parteien, gesellschaftliche Schichten, ethnische* und religiöse Gruppen am politischen Prozess beteiligt sind.

10. Die _____ erleichtert den Regierungswechsel, weil geringe Veränderungen in der Wählerschaft große Veränderungen in der Zusammensetzung des Parlaments auslösen können.

* ethnisch: eine einheitliche Volksgruppe betreffend



Die Bundestagswahl

Wie aus Wählerstimmen Sitze werden (1)

A Wozu zwei Stimmen?

— Abb. 1: Ausschnitt aus einem Stimmzettel der Bundestagswahl 2013

Stimmzettel
für die Wahl zum Deutschen Bundestag im Wahlkreis 104 Mettmann I
am 22. September 2013

Sie haben 2 Stimmen

hier 1 Stimme
für die Wahl
eines/einer Wahlkreis-
abgeordneten

hier 1 Stimme
für die Wahl
einer Landesliste (Partei)
– maßgebende Stimme für die Verteilung der
Sitze insgesamt auf die einzelnen Parteien –

Erststimme		Zweitstimme	
1	Noll, Michaela Rechtsanwältin, Mitglied des Deutschen Bundestages CDU Christlich Demokrische Union Deutschlands	☐ CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands Prof. Dr. Norbert Lammert, Ronald Pofalla, Ingrid Fischbach, Hermann Grottel, Peter Hintze
2	Steinbrück, Peer Politiker Mettmann SPD Sozialdemokratische Partei Deutschlands	☐ SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands Peer Steinbrück, Dr. Barbara Hendricks, Willi Brasse, Petra Crome, Dietmar Heinrich Neuen
3	Körner, Moritz Student Langenfeld FDP Freie Demokratische Partei	☐ FDP	Freie Demokratische Partei Dr. Guido Wiedemann, Daniel Bahr, Gisela Renate Pitz, Otto Fricke, Frank Schäffler
4	Nick, Ophelia-Johanna Tierärztin Wülfrath GRÜNE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	☐ GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Barbel Höhn, Volker Beck, Britta Maria Hoffmann, Dr. Friedrich Georg Ernst Schmidt, Katja Zimmer
5	Köster, Rainer Lehrer i. R. Velbert DIE LINKE DIE LINKE	☐ DIE LINKE	DIE LINKE Dr. Sahra Wagenknecht, Matthias W. Birkwald, Ulrich Jendike, Andree Konstantin Hunko, Sevim Dagdelen
6	Graaf, Andreas Verwaltungsfachangestellter Velbert PIRATEN Piratenpartei Deutschland	☐ PIRATEN	Piratenpartei Deutschland Melanie Kalkowski, Udo Vietor, Thomas Weijers, Jens Seppelbusch, Christina Worm

➔ Betrachte den Stimmzettel genau: Welche Unterschiede zwischen Erst- und Zweitstimme kannst du feststellen? Welche Stimme ist wichtiger?

— Abb. 2: Sitze im Bundestag

Zuteilung der Mandate nach der Wahl 2013

	LINKE	GRÜNE	SPD	CDU	CSU	Gesamt	
Sitze nach Zweitstimmenanteilen in den Ländern	60	61	183	238	56	598	Die im Bundestag regulär zu besetzenden 598 Sitze werden länderspezifisch auf die Parteien* verteilt.
+ Überhangmandate	—	—	—	4	—	4	Gewinnt eine Partei mehr Mandate direkt, als ihr nach Zweitstimmen zustehen, darf sie die überzähligen Mandate behalten.
= Mindestsitzzahl der Parteien	60	61	183	242	56	602	Die so ermittelte Sitzzahl entspricht aber nicht dem Zweitstimmenanteil der Parteien auf Bundesebene.
+ Ausgleichsmandate	4	2	10	13	—	29	Daher wird die Gesamtzahl der Bundestagssitze um Ausgleichsmandate erhöht...
= Endgültige Zahl der Sitze im Bundestag	64	63	193	255	56	631	... bis die Sitzzahl der Parteien im Bundestag das Verhältnis der Zweitstimmen widerspiegelt.

— Quelle: Bundeswahlleiter; © Leitwerk (nach Erich Schmidt Zahlenbild 88616)

* Parteien mit bundesweit mindestens 5 Prozent der Zweitstimmen oder mindestens drei errungenen Direktmandaten

Die Bundestagswahl

Wie aus Wählerstimmen Sitze werden (2)

C Die Sitzverteilung: Wie werden die abgegebenen Stimmen in Sitze umgerechnet?*

	Schritte		Beispiele (Bundestagswahl 2013)
Wahl in Wahlkreisen Erststimme	1. Direktmandate (Wahlkreissitze)	In jedem der 299 Wahlkreise wird ein Abgeordneter gewählt. Gewählt ist der Kandidat mit den meisten Erststimmen (relative Mehrheit).	Das Land Brandenburg ist in 10 Wahlkreise eingeteilt. 9 Wahlkreise haben Kandidaten der CDU gewonnen, 1 Wahlkreis konnte ein SPD-Kandidat für sich entscheiden.
	2. Fünf-Prozent-Hürde	Bei der Zuteilung der Bundestagsmandate werden nur Parteien mit bundesweit mindestens 5 % der Zweitstimmen berücksichtigt und solche, die mindestens drei Direktmandate gewonnen haben.	Insgesamt 30 Parteien sind zur Bundestagswahl 2013 angetreten; nur 5 haben den Sprung ins Parlament geschafft.
Wahl nach Landeslisten Zweitstimme	3. Sitze nach Zweitstimmenanteilen in den Ländern	a) Die 598 regulären Sitze im Bundestag werden zunächst auf die Bundesländer nach deren Bevölkerungsanteil verteilt. b) Nach der Wahl werden in einem zweiten Schritt die Sitze entsprechend den Zweitstimmenergebnissen auf die Landeslisten der Parteien aufgeteilt.	a) Nordrhein-Westfalen erhält 128 Bundestagsmandate, das Saarland 8, Brandenburg 20, Bayern 99 ... b) Die 99 Bundestagsabgeordnete aus Bayern verteilen sich wie folgt: CSU 56, SPD 22, GRÜNE 9, DIE LINKE 4.
	4. Überhangmandate	Gewinnt eine Partei mehr Wahlkreismandate als ihr nach dem Zweitstimmenergebnis im jeweiligen Bundesland zustehen, darf sie die überzähligen Mandate, die sogenannten Überhangmandate , behalten.	Für die CDU werden in Brandenburg nach ihrem Zweitstimmenanteil 8 Sitze errechnet. Aber 9 ihrer Wahlkreiskandidaten waren erfolgreich und haben ein Direktmandat errungen. Die CDU erhält ein Überhangmandat.
	5. Mindestsitzzahl der Parteien	Die in den Ländern nach der Zweitstimme zugeteilten Mandate und die Überhangmandate addieren sich zur Mindestsitzzahl der jeweiligen Partei. Die Summe der Mindestsitzzahlen aller Parteien bildet die neu zu verteilende Gesamtsitzzahl des Bundestages.	Die CDU hat 2013 als einzige Partei in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und im Saarland je ein Überhangmandat erhalten. 598 reguläre Sitze plus 4 Überhangmandate ergibt die Mindestsitzzahl: 602 Sitze (= nur Zwischenergebnis).
	6. Ausgleichsmandate	Die Mindestsitzzahl einer Partei entspricht aber nicht ihrem Zweitstimmenanteil auf Bundesebene. Die Sitzverteilung ist verzerrt, auch durch die Überhangmandate. In einem Ausgleichsverfahren erhalten alle Parteien deshalb zusätzliche Sitze.	Um die schiefe Sitzverteilung nach der Mindestsitzzahl mit dem Verhältnis der Zweitstimmen wieder zur Deckung zu bringen, erhielten die Parteien 2013 Ausgleichsmandate: CDU +13, SPD +10, DIE LINKE +4, GRÜNE +2.
	7. Endgültige Zahl der Sitze im Bundestag	Die Gesamtsitzzahl des Bundestags wird soweit erhöht , dass die Sitze proportional zu den Zweitstimmen der Parteien aufgeteilt werden können und die gewonnenen Direktmandate garantiert sind.	Der Bundestag 2013 besteht aus 631 Abgeordneten **. Das Ausgleichsverfahren bewirkt, dass jede Partei für etwa 58.000 Zweitstimmen ein Mandat erhielt. Die Wählerstimmen hatten damit in etwa den gleichen Erfolgswert.

* Daten: Bundeswahlleiter, Ergebnisse früherer Bundestagswahlen (2015). Vgl. dazu auch Arbeitsblatt 11 Abbildung 2 und Arbeitsblatt 13 Abbildung 3.

** Am 5.9.2015 ist eine Abgeordnete ausgeschieden, ihr Sitz bleibt unbesetzt. Deshalb gehören aktuell (Stand März 2017) nur noch 630 Abgeordnete dem Deutschen Bundestag an.



Die Bundestagswahl

Wie aus Wählerstimmen Sitze werden (3)

➡ Was wäre wenn?

Die Bundestagswahl halten viele für zu kompliziert. Könnte man sie nicht vereinfachen und auf Erst- oder Zweitstimme, Wahlkreise oder Landeslisten, Überhang- oder Ausgleichsmandate usw. verzichten? Schreibe deine Überlegungen dazu auf.

Ohne die Fünf-Prozent-Hürde... _____

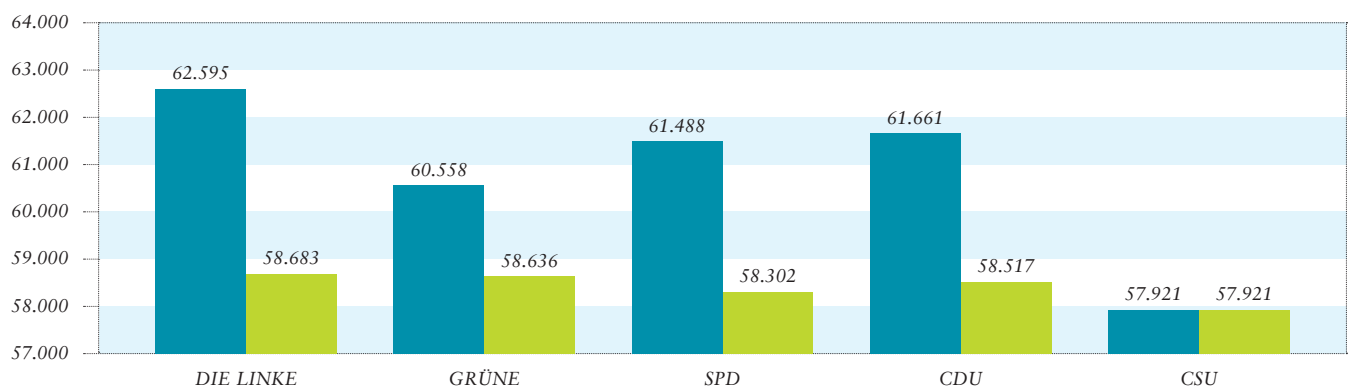
Wenn es keine Überhangmandate gäbe, ... _____

Würde man auf die Ausgleichsmandate verzichten, ... _____



— Abb. 3: Zweitstimmen pro Bundestagsmandat (2013)

■ Zweitstimmen pro Sitz nach Mindestsitzzahl (ohne Ausgleichsmandate)
■ Zweitstimmen pro Sitz nach endgültiger Sitzverteilung



— Quelle: Bundeswahlleiter (Stand: 3.8.2015), Berechnung: Bruno Zandonella; © Leitwerk

— **Tipp:** Lesehilfe zum Balkendiagramm: Für jeden Abgeordneten der LINKEN wurden im Durchschnitt 58.683 Zweitstimmen abgegeben. Hätte es wie bis zur Wahl 2009 keine Ausgleichsmandate gegeben, so wären dafür 62.595 nötig gewesen.

Einfacher, effektiver und gerechter?

Vorschläge zur Reform des Wahlrechts

➔ 1. Die folgende Liste enthält Ideen für eine mögliche Reform der Bundestagswahlen.

Kreuze die Vorschläge an, die dir sinnvoll erscheinen.

- ☐ 1. Jugendliche ab 16 Jahre erhalten Wahlrecht.
- ☐ 2. Die Fünf-Prozent-Klausel wird abgeschafft.
- ☐ 3. Ein Abgeordneter[☒] kann nur einmal wiedergewählt werden.
- ☐ 4. Der Bundestag wird auf 300 Abgeordnete verkleinert.
- ☐ 5. Für Erstwähler[☒] wird die Wahlpflicht eingeführt.
- ☐ 6. Alle Bundestagsabgeordneten werden direkt im Wahlkreis gewählt.
Die Bundestagswahl wird zu einer reinen Mehrheitswahl. Die Zweitstimme wird abgeschafft.
- ☐ 7. Der Bundeskanzler[☒] wird nicht mehr durch den Bundestag, sondern vom Volk direkt gewählt.
- ☐ 8. Bei der Bundestagswahl werden verbindliche Nachwuchs- und Jugendquoten eingeführt. Mindestens 20 Prozent der aussichtsreichen Plätze auf den Parteilisten sollen mit Personen zwischen 18 und 35 Jahren besetzt werden.
- ☐ 9. Bei den meisten Kommunalwahlen kann der Wähler[☒] kumulieren, d.h. mehrere Stimmen auf einen Kandidaten[☒] vereinen. Das Kumulieren wird auch bei Bundestagswahlen möglich.
- ☐ 10. Die Legislaturperiode des Bundestages wird auf zwei Jahre verkürzt.
- ☐ 11. Online-Wahlen werden eingeführt. Eine Stimmabgabe ist auch unterwegs mit dem Smartphone oder vom heimischen Computer aus möglich.
- ☐ 12. In Vorwahlen können die Wähler[☒] darüber abstimmen, welche Kandidaten[☒] der jeweiligen Partei sich zur Wahl stellen und welchen Listenplatz sie erhalten.
- ☐ 13. Die Legislaturperiode des Bundestages wird auf acht Jahre verlängert.
- ☐ 14. Die Abgeordneten des Bundestages werden in einer reinen Verhältniswahl gewählt.
Die Bürger[☒] wählen nur eine Partei. Wahlkreise und Erststimme werden abgeschafft.

➔ 2. Vergleiche deine Ergebnisse in der Guppe. Wählt gemeinsam maximal drei Vorschläge aus, die ihr für besonders wichtig und sinnvoll haltet (Favoriten). Begründet eure Auswahl. Dabei könnt ihr euch von folgenden Prüffragen leiten lassen:

Ist der Vorschlag im Vergleich zur geltenden Regelung besser geeignet ...

- ☐ A ... den Wählerwillen auszudrücken?
- ☐ B ... die Wählerschaft gerecht widerzuspiegeln?
- ☐ C ... die Bildung einer stabilen Regierung zu gewährleisten?
- ☐ D ... die politische Teilhabe der Bürger[☒] zu ermöglichen?
- ☐ E ... die politische Teilhabe speziell junger Wähler[☒] zu fördern?

Unsere drei Favoriten:

- Nr. ☐ Begründung ☐ A ☐ B ☐ C ☐ D ☐ E
- Nr. ☐ Begründung ☐ A ☐ B ☐ C ☐ D ☐ E
- Nr. ☐ Begründung ☐ A ☐ B ☐ C ☐ D ☐ E

➔ 3. Zum Weiterdenken und -diskutieren:

Die Bundestagswahlen werden durch ein Losverfahren ersetzt. Volksvertreter[☒] werden nicht mehr gewählt, sondern eine Auswahl von Bürgern[☒] zufällig ausgelost.

Wahlrecht auch für Kinder und Jugendliche?

Für die Bundestagswahl 2017 waren 61,69 Millionen Personen wahlberechtigt. In Deutschland lebten damals 82,52 Millionen Menschen. Jeder^{te} Vierte war also vom Wahlrecht ausgeschlossen. Nicht wahlberechtigt waren 10 Millionen Ausländer^{te}, aber auch 13,6 Millionen deutsche Kinder und Jugendliche.

Widerspricht das nicht dem demokratischen Grundsatz einer allgemeinen Wahl nach Art. 38 GG? Andererseits bestimmt das Grundgesetz auch, dass nur Personen wahlberechtigt sind, die das 18. Lebensjahr vollendet haben*. Viele möchten aber nicht so lange auf ihr Wahlrecht warten. Sie fordern, dass das Mindestalter bei Wahlen abgesenkt oder sogar ganz abgeschafft wird.



➡ 1. Was meinst du? Stimme ab:

— Stimmzettel: Änderung des Wahlrechts

Ich stimme für folgende Änderung des Wahlrechts:

1	Wahlrecht ohne Mindestalter: Kinder dürfen wählen, sobald sie es können und wollen.	☐
2	Familienwahlrecht: Die Eltern wählen stellvertretend für ihre Kinder, bis diese selbst ihr Wahlrecht ausüben.	☐
3	Wahlrecht ab 14 Jahre	☐
4	Wahlrecht mit Befähigungsnachweis: Wer die Wahlreifprüfung besteht, darf unabhängig vom Alter wählen.	☐
5	Anderer Vorschlag:	☐

Ich bin für die Beibehaltung des bisherigen Wahlalters:

6	Wahlrecht ab 18 Jahre	☐
---	------------------------------	-----------------------

➡ 2. Begründe deine Entscheidung in einer kurzen Stellungnahme und eröffne damit eine Pro- und Contra-Debatte über die Vorschläge zur Wahlrechtsänderung.

— Ein Streitgespräch:

Familie Huber auf dem Weg zum Wahllokal.

Lisa (16 Jahre): „Warum darf *ich* eigentlich nicht wählen, wo doch alle Politiker^{te} sagen, dass es um unsere Zukunft geht. Klimawandel, Energiewende, Digitalisierung usw. – das betrifft mich doch mehr als Oma und *die* darf wählen.“

Herr Huber: „Mag sein. Aber wer wählt, muss auch Bescheid wissen. Und was die Politik betrifft, so sind die meisten Jugendlichen ahnungslos.“

Lisa: „Aber der Maier von gegenüber hat doch auch keine Ahnung von Politik, sagst du jedenfalls immer!“

Frau Huber: „Man könnte ja einen Reifetest fürs Wählen einführen.“

Timo (13 Jahre): „Genau! Da wär ich dabei. So viel wie manche Erwachsene weiß ich längst.“

Herr Huber: „Wahlrecht für Kinder? Das fehlte gerade noch! Kinder kann man doch ganz leicht manipulieren. Die wählen doch nur den, der die meisten Gummibärchen verteilt.“

Lisa: „Besser als nichts. Als Erwachsener^{te} kriegst du ja nicht mal Gummibärchen. Oder wie war das mit den Wahlgeschenken?“

➡ 3. Setzt das Streitgespräch über das Wahlalter in verteilten Rollen fort.

* Das aktive Wahlrecht ab 18 gilt für die Bundestagswahl und die meisten anderen Wahlen. Jugendliche ab 16 Jahren können in Brandenburg und Schleswig-Holstein den Landtag wählen und in Bremen und Hamburg die Bürgerschaft. Auch bei den Kommunalwahlen in neun Bundesländern wurde das Mindestalter auf 16 Jahre gesenkt (Stand: Februar 2017). Zum Grundsatz der allgemeinen Wahl vgl. auch Arbeitsblatt 05.

Wählen und Abstimmen

Ein Kreuzchen, zwei Bedeutungen

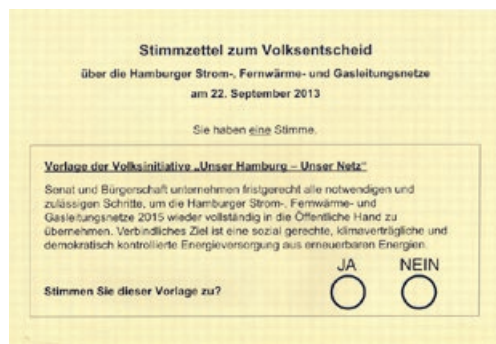
Was ist der Unterschied?

Die repräsentative Demokratie der Bundesrepublik Deutschland setzt fast ausschließlich auf Wahlen*. Andererseits spricht das Grundgesetz davon, dass die Staatsgewalt vom Volk „in Wahlen und Abstimmungen“ ausgeübt wird (Art. 20 Abs. 2 GG). Um sich politisch zu beteiligen, gibt es in einer Demokratie grundsätzlich zwei Möglichkeiten: wählen *und* abstimmen. Aber was genau ist der Unterschied?

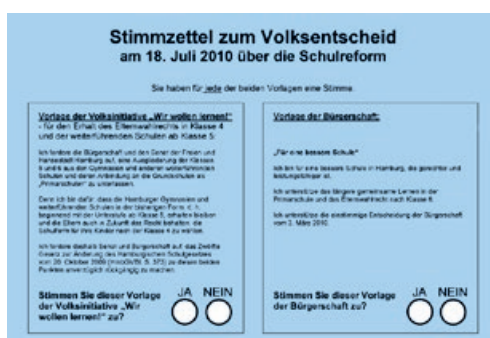
1. Betrachte die Stimmzettel. Handelt es sich um eine **Wahl** oder um eine **Abstimmung**?
2. Beschreibe, was „Wählen“ und was „Abstimmen“ bedeutet. Erkläre beide Begriffe und verdeutliche den Unterschied.



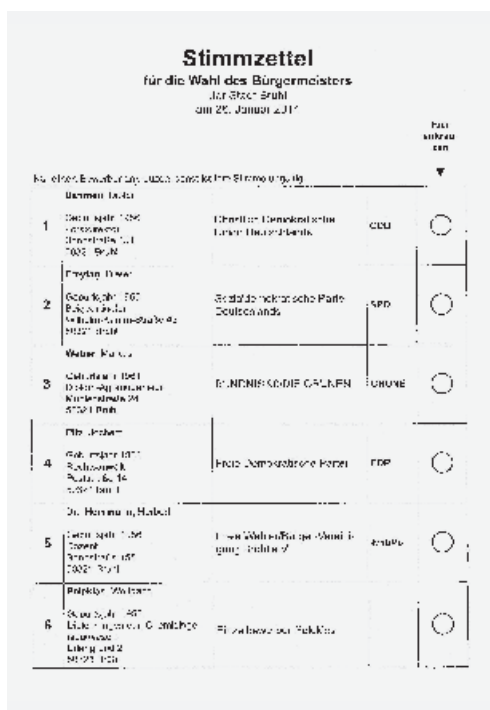
— Abb. 1



— Abb. 2



— Abb. 3



— Abb. 4

Wählen bedeutet

(Abb. _____ und _____):

Abstimmen bedeutet

(Abb. _____ und _____):

* Art 29 GG erwähnt ausdrücklich die Möglichkeit eines Volksentscheids, aber nur für den äußerst seltenen Fall einer Neugliederung der Bundesländer. Anders als das Grundgesetz sehen aber alle Landesverfassungen eine direkte Bürgerbeteiligung an der Gesetzgebung durch Volksbefragungen, Volksbegehren und Volksentscheide vor.

Quellen:

Abb. 1: www.stuttgart.de/img/mdb/item/588925/113464.pdf

Abb. 2: <https://co2sparhaus.wordpress.com/2013/09/20/volksentscheid-in-hamburg-hamburger-energienetze-in-die-offentliche-hand/>

Abb. 3: www.direktedemokratie.com/2010/07/15/vor-dem-volksentscheid-zur-schulreform-in-hamburg/

Abb. 4: <https://wahlkreis13.files.wordpress.com/2014/01/stimmzettel-bmw-bruehl.jpg>

Mehr direkte Demokratie wagen?

Argumente für und gegen direkte Demokratie

Die Bundesrepublik ist eine repräsentative Demokratie. Die Bürger wählen Abgeordnete als ihre Repräsentanten (= Vertreter), die dann im Parlament alle politischen Entscheidungen treffen. Vielen genügt es aber nicht, nur die Regierenden zu wählen. Sie wollen selbst entscheiden, wenn es um wichtige Belange für ganz Deutschland geht.

Diskutiert: Sollen Volksabstimmungen auf Bundesebene eingeführt werden?

➡ 1. Diskutieren bedeutet mehr, als abwechselnd reden. Man sollte gezielt auf die Äußerungen der Gesprächspartner eingehen. Im Folgenden findet ihr einige Meinungen über Volksabstimmungen. Markiert die Aussagen als Pro- oder Kontra-Argumente (+ und – Zeichen). Ordnet jedem Argument ein passendes Gegenargument zu und gestaltet einen sinnvollen Gesprächsverlauf.

➡ 2. Ergänzt die Diskussion durch die Aussagen der beiden Karikaturen.

➡ 3. Welche Argumente überzeugen dich? Fallen dir weitere ein?

Wenn ich abstimmen dürfte, würde ich mich auch mehr für Politik interessieren.

1+

Wozu Volksabstimmungen? Viele junge Leute gehen ja nicht einmal zur Wahl.

1–

Ich bin politisch auf dem Laufenden und ausreichend informiert, um selbst kluge Entscheidungen zu treffen.

Die Mehrheit der Bevölkerung lässt sich von Populisten durch gezielte Stimmungsmache leicht manipulieren.

Mit der Zeit erlangt das Volk eine gewisse politische Reife und lernt, verantwortlich zu entscheiden.

In einer direkten Demokratie achtet die Regierung stärker auf den Willen und die Belange des Volkes. Lobbyisten und finanzkräftige Interessengruppen können sich nur schwer durchsetzen.

Die Legitimation politischer Entscheidungen erhöht sich, wenn die Bürger direkt abstimmen. Dann sind sie auch eher bereit, die Folgen zu tragen.

Unpopuläre, aber notwendige Maßnahmen wie z.B. Steuererhöhungen lassen sich in einer direkten Demokratie nur schwer durchsetzen. Die Bürger entscheiden nur zu ihrem persönlichen Vorteil.



— **Tipp:** Weitere Argumente findet ihr in Themenblätter im Unterricht Nr. 88: „Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung“, online unter: www.bpb.de/shop/themenblaetter/

Mit-, ein-, aufmischen

Wie können wir politisch Einfluss nehmen?

Die Teilnahme an Wahlen ist die häufigste Form politischer Partizipation (Beteiligung). Es gibt aber noch viele andere Wege, politisch aktiv zu sein. Doch welche sind erfolgreich? Und welche passen zu mir?

➡ 1. Gib zunächst deine persönliche Einschätzung und Erfahrung wieder (Tabelle Spalte 2 und 3).

➡ 2. Angenommen du verfolgst **ein** bestimmtes gesellschaftspolitisches Ziel. Welche Möglichkeiten der politischen Beteiligung sind dann sinnvoll und erfolgversprechend? Diskutiert diese Frage in der Gruppe und geht folgendermaßen vor:

a) Einigt euch in der Gruppe auf eines der aufgeführten Ziele **oder** formuliert selbst ein eigenes.

- Gruppe 1: ein Jugendhaus in der Gemeinde einrichten
- Gruppe 2: das Wahlalter bei der Bundestagswahl auf 16 Jahre senken
- Gruppe 3: die Studiengebühren abschaffen
- Gruppe 4: die Zerstörung des Regenwaldes bekämpfen
- Gruppe 5: _____

b) Einigt euch auf eine Auswahl von Möglichkeiten, die für das gewählte Ziel geeignet sind (Spalte 4).

c) Da deine Gruppe nur begrenzt Mittel und Zeit zur Verfügung hat, erreicht ihr das Ziel eher, wenn ihr eure Kräfte auf die wirkungsvollsten Partizipationsmöglichkeiten konzentriert. Wählt deshalb aus Spalte 4 die fünf Möglichkeiten aus, die am meisten Erfolg versprechen und legt in der Spalte ganz rechts eine Rangfolge 1 bis 5 fest. Vergleicht und diskutiert die Ergebnisse in der Klasse.

— Politische Partizipation (Möglichkeiten)

	2 / kommt für mich in Frage	3 / habe ich schon gemacht	4 / für unser Vorhaben sinnvoll	5 / am ehesten erfolgreich
1. In einer Partei aktiv mitarbeiten				
2. Anstecker mit einer politischen Botschaft tragen				
3. Videos/Fotos mit politischem Inhalt ins Netz stellen				
4. In einer Gewerkschaft aktiv mitarbeiten				
5. An Wahlen teilnehmen				
6. Einer politischen Gruppe auf Facebook etc. beitreten				
7. Bei einer Unterschriftensammlung unterschreiben				
8. Selbst Unterschriften sammeln				
9. Mitglied im Jugendgemeinderat / Jugendparlament werden				
10. Produkte aus Umweltgründen kaufen oder nicht kaufen				
11. An einer Demonstration teilnehmen				
12. Briefe/Mails mit politischem Inhalt schreiben oder weiterleiten				
13. Persönlich Politiker:in kontaktieren				
14. Eine Wahlkampagne unterstützen				
15. In einer Bürgerinitiative mitarbeiten				
16. Politische Botschaften oder Graffiti auf Wände schreiben				
17. Sich an öffentlichen Diskussionen beteiligen				
18. An einem Flashmob mit politischem Hintergrund beteiligen				
19. Aus Protest nicht wählen				

Wer wählt welche Partei?

Wer wählt wen und warum? Die Wahlforscher² untersuchen anhand von Umfragen und Wahlstatistiken, warum sich Wähler² für oder gegen eine bestimmte Partei entscheiden. Was kannst du herausfinden?

➔ Überprüfe die Behauptungen von **M1** anhand der Wählerstatistik **M2**. Welche Aussagen lassen sich belegen, welche nicht? Streiche eindeutig falsche Aussagen durch.

— **Tipp:** Stelle zunächst fest, ob die genannte Bevölkerungsgruppe in der Statistik aufgeführt ist. Vergleiche dann das Wahlergebnis dieser Gruppe mit dem Gesamtergebnis aller Wähler² der genannten Partei.

— M1: Populäre (Vor-)Urteile über Parteien und ihre Wähler²

1. „Die SPD ist die Partei der kleinen, hart arbeitenden Leute.“
2. „Die Grünen sind *die* Jugendpartei. Ihre Wähler² sind größtenteils junge Leute, für die bekanntlich der Umwelt- und Naturschutz sehr wichtig ist.“
3. „Die Linke ist die Partei der Armen und Arbeitslosen.“
4. „Die Klugen und Schläuen wählen die Grünen.“
5. „Die FDP ist die Partei der Besser-verdienenden.“
6. „Gewerkschafter² wählen die SPD, das hat Tradition.“
7. „Frauen denken sozialer, deshalb wählen sie eher links.“
8. „Der Rechtspopulismus der AfD ist Männersache. Die aggressive Rhetorik gefällt den Frauen nicht.“
9. „Die Linke ist eine Ost-Partei von unverbesserlichen DDR-Nostalgikern² *.“
10. „Die CDU/CSU ist eine rückständige Senioren-Partei.“
11. „Frauen sind umweltbewusster als Männer.“
12. „Die AfD ist besonders stark in den Neuen Bundesländern.“
13. „Die CDU/CSU ist eine Bauernpartei.“

* Jemand, der² sich nach Vergangenenem sehnt.

— M2: Wählerverhalten bei der Bundestagswahl 2013 (in Prozent)

Partei	CDU CSU	SPD	Die Linke	Grüne	FDP	AfD	Sons- tige
Soziales Merkmal							
Wahlergebnis (Zweitstimmen)	41,5	25,7	8,6	8,4	4,8	4,7	6,3
Geschlecht							
männlich	39	27	9	7	5	6	7
weiblich	44	24	8	10	4	4	6
Alter							
18–29	34	24	8	10	5	6	14
30–44	41	22	8	10	5	5	9
45–59	39	27	9	10	5	5	5
60+	49	29	8	4	5	4	1
Bildungsabschluss							
Hauptschule	46	30	7	4	3	3	6
Mittlere Reife	43	25	10	6	4	6	8
Gymnasium	39	24	8	12	5	5	7
Hochschule	37	23	9	15	7	5	4
Ökonomischer Status							
Berufstätige	40	25	8	10	5	5	7
Rentner ²	48	29	9	5	5	4	2
Arbeitslose	22	25	21	9	2	7	15
Berufsgruppe							
Arbeiter ²	38	30	12	5	2	5	8
Angestellte	41	27	8	10	5	5	6
Beamte	43	25	5	12	6	5	4
Selbständige	48	15	7	10	10	6	4
Landwirte ²	74	7	4	4	6	1	4
Gewerkschaftsmitglied							
Mitglied	32	36	11	8	3	5	5
Kein Mitglied	43	24	8	9	5	5	7
Konfession							
katholisch	53	21	4	7	5	4	6
evangelisch	41	30	6	9	5	4	6
keine	31	25	17	9	4	7	8
Region							
Früheres Bundesgebiet	42,2	27,4	5,6	9,2	5,2	4,4	6,0
Neue Länder und Berlin-Ost	38,5	17,9	22,7	5,1	2,7	5,8	7,3

— **Quelle:** Forschungsgruppe Wahlen e.V., Bundestagswahl. Eine Analyse der Wahl vom 22. September 2013.

— **Tipp:** Lesehilfe zur Tabelle M2: Die Zeile „Alter 18–29“ sagt aus, dass von 100 Wählern² dieser Altersgruppe 34 die CDU/CSU, 24 die SPD, 10 die Grünen usw. wählen. Die Werte der Zeilen summieren sich auf 100 Prozent (rundungsbedingt können Abweichungen von +/-2 Prozentpunkten auftreten) (**Quelle:** Forschungsgruppe Wahlen 2013, S. 96.)

Was beeinflusst die Wahlentscheidung?

➔ 1. Welche Partei würdest du wählen, wenn heute Bundestagswahl wäre?

➔ 2. Warum hast du dich für diese Partei entschieden?*

Nenne die drei für dich wichtigsten Gründe: _____

* Ist es z.B. der Einfluss der Familie, deine Einstellung zu aktuellen politischen Themen oder die Beliebtheit der Spitzenkandidaten?

➔ 3. Ergänze die untenstehende Grafik mithilfe des Textes und erkläre den Wirkungszusammenhang der Einflussfaktoren.

➔ 4. Veranschauliche den Kausalitätstrichter an einem Beispiel. Nenne dazu die konkreten Einflussfaktoren für „den“ typischen Wähler einer Partei deiner Wahl.

— **Tipp:** Hinweise darauf, welche sozialen Merkmale „typische Wähler“ aufweisen, gibt dir die *Wählerstatistik M2* auf Arbeitsblatt 19.



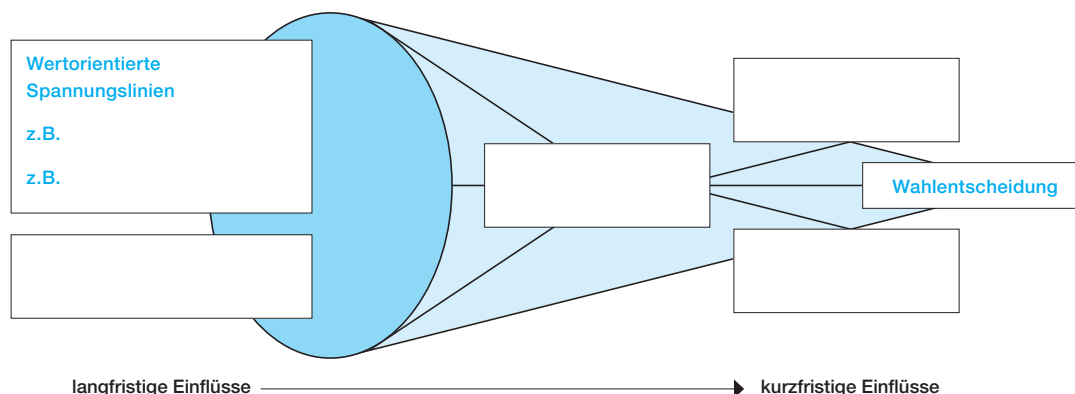
1 Einflüsse auf die Wahlentscheidung

Warum stimmen Wähler für eine bestimmte Partei oder einen bestimmten Kandidaten? Das Ankreuzen des Stimmzettels am Wahltag erscheint kinderleicht, ist aber nur der Endpunkt eines bisweilen komplexen Entscheidungsprozesses. Einer Wahlentscheidung liegen vielfältige Motive zugrunde. Die Wahlforscher unterscheiden zwischen langfristigen und kurzfristigen Einflussfaktoren. Zu den langfristigen zählt die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Schicht, z.B. der Arbeiterschaft. Wichtig sind auch wertorientierte Spannungslinien etwa zwischen Wählern, die sich der Kirche verbunden fühlen und solchen mit einer weltlichen Ausrichtung. Sozioökonomische Spannungslinien verlaufen zwischen Wählern, die Umweltschutz- oder Wachstumszielen den Vorzug geben bzw. die wirtschaftliche Eigenverantwortung oder sozialstaatliche Umverteilung befürworten.

Gesellschaftliche Einflüsse können Wähler längerfristig prägen. Eine enge Parteibindung wird durch das Elternhaus, im Freundes- und Kollegenkreis oder durch die Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen (z.B. Jugendorganisationen der Parteien) erworben und gefestigt. Stammwähler haben eine dauerhafte und auch gefühlsmäßige Bindung an „ihre“ Partei entwickelt, so dass sie diese gewöhnlich wieder wählen. Im Laufe der Zeit wirkt diese Parteibindung wie ein Filter. Die Kandidaten und Programme der „eigenen“ Partei werden grundsätzlich positiver wahrgenommen und bewertet als die des politischen Gegners. Allerdings nimmt der Anteil der Stammwähler in jüngster Zeit ab und die Wechselbereitschaft zu.

Damit gewinnen die kurzfristigen Einflussfaktoren an Gewicht. Für Wechselwähler sind die aktuellen politischen Themen und die Kandidaten der Parteien ausschlaggebend. Die Fähigkeit der Parteien, bestimmte politische Probleme zu lösen, wird von den Wählern unterschiedlich eingeschätzt. Von einer Partei wird erwartet, dass sie für mehr soziale Gerechtigkeit sorgt, anderen wird eher zugetraut, die innere Sicherheit zu stärken oder die wirtschaftliche Entwicklung voranzubringen. Der Wahlerfolg kann so auch davon abhängen, welche Themen im Wahlkampf eine zentrale Rolle spielen. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen aber meist nicht die Wahlprogramme, sondern die Kandidaten der Parteien, insbesondere wenn sie sich um das Amt des Bundeskanzlers bewerben. Am Ende können auch die persönlichen Merkmale der Kanzlerkandidaten, ihre Vertrauenswürdigkeit, Führungsstärke oder Ausstrahlung wahlentscheidend sein, obwohl sie gar nicht direkt als Kanzler zur Wahl stehen.

2 Kausalitätstrichter: Einflussfaktoren des Wählerverhaltens



Modell nach Campbell zur Veranschaulichung des Wählerverhaltens (abgewandelt).
Angus Campbell u.a.:
The American Voter (1960).
Grafikvorlage nach:
Louis Sandy Maisel, Kara Z. Buckley:
Parties and Elections in America:
The Electoral Process. Rowman &
Littlefield, Lanham 2005, 91;
© Leitwerk

— Zeichnung: © Barbara Henniger

Wahlkampf zwischen Bürgerdialog und Marketing

1 Wahlkampf im Netz und vor Ort

Die Digitalisierung verändert auch den Wahlkampf. Die ausgiebige Nutzung von Sozialen Netzwerken und Suchmaschinen macht die Interessen der Wähler:innen immer transparenter. Sind Wähler:innen also nur noch eine durchschau- und manipulierbare Zielgruppe für ausgefeilte PR-Maßnahmen? Bleibt der Dialog mit dem Bürger:innen auf der Strecke?

— M1: Gläserne Wähler:innen

Das „Targeting“ von Wählergruppen hat das Potenzial, Wahlkämpfe nachhaltig zu verändern. Nie zuvor konnte ein Teil der Wahlberechtigten so exakt digital vermessen und angesprochen werden. Für Facebook mit seinem riesigen Datenschatz sind seine Nutzer gläsern, auch als Wähler. Es weiß mehr über seine Nutzer als jede Partei über ihre Anhänger. Das kann man Facebook nur bedingt vorwerfen: Seine Nutzer offenbaren sich völlig freiwillig. Klick für Klick. Wenn Facebook diese Daten für Politiker und Parteien verwertbar macht, können diese gezielt Meinungen beeinflussen und manipulieren. (...) Facebook macht der Politik dieselben kostenpflichtigen Angebote wie anderen Werbekunden – möglich sind, bei entsprechendem Budget, immense Reichweiten, vergleichbar jenen populärer TV-Sendungen. Daneben ist auch eine maßgeschneiderte Ansprache gewünschter Zielgruppen buchbar. Nach zahllosen Kriterien können die Politikwerbekunden Nutzer filtern, um sich eine ideale Zielgruppe für bestimmte politische Botschaften zusammen zu klicken – etwa nach Wohnort oder Alter. Man kann ganz konkret „frischgebackene Eltern“ ansprechen oder Männer, die „seit einer Woche von einer Reise zurück“ sind. Facebook weiß offenbar, ob sich die Nutzer für Bildungspolitik oder neue Technologien interessieren. Oder was sie gerade so netto verdienen.

— Quelle: DER SPIEGEL 9/2017, S. 28 ff.

* Targeting: engl. „Zielgruppenansprache“
(von target, engl. „Ziel“)

- ➡ 1. Erkläre, wie „Targeting“ im Wahlkampf eingesetzt werden kann (M1).
- ➡ 2. Vergleiche die Online-Wahlwerbung mit dem Straßenwahlkampf (M1, M2). Welche Rolle spielen die Wähler:innen?
- ➡ 3. „Wahlen gewinnt, wer die besseren Daten hat.“ – „Wahlen gewinnt, wer die besseren Argumente hat.“ Welcher Aussage stimmst du zu?

— M2: Straßenwahlkampf

SPD-Generalsekretärin Katarina Barley:

„Das direkte, unvoreingenommene Gespräch ist das einzige verfügbare Wundermittel gegen gezielte Fehlinformation, Hass und Hetze.“

CDU-Generalsekretär Peter Tauber:

„Wichtiger als das Reagieren auf Fake-News ist, auf die Bürger zuzugehen.“ Dies werde im Internet geschehen, aber vor allem „in Fußgängerzonen, an den Haustüren und an Wahlkampfständen“.

— Quelle: Stuttgarter Zeitung 30.12.2016, S. 2.



— Abb.: Info-Stand am Lohrbrügger Markt

2 Funktionen und Mittel des Wahlkampfs

— Wozu dient der Wahlkampf?

Parteien wollen...

1. ...über ihre Programme und Kandidaten:innen informieren
2. ...für sich und ihre Kandidaten:innen werben
3. ...die eigenen Anhänger:innen für den Wahlkampf mobilisieren
4. ...Wechselwähler:innen für sich gewinnen
5. ...Nichtwähler:innen zum Wählen aktivieren

Wähler:innen wollen...

6. ...sich über Parteien informieren
7. ...Politiker:innen kritisieren
8. ...ihre Meinungen und Interessen artikulieren

— Wo begegnet dir Wahlwerbung?

- a. Auftritt von Spitzenpolitikern:innen in Talkshows
- b. Flyer mit Wahlaussagen im Briefkasten
- c. Wahlplakate am Straßenrand
- d. Wahlwerbespots im Fernsehen
- e. Facebook-Auftritt eines Spitzenkandidaten:innen
- f. Informationsstand in der Fußgängerzone
- g. Kurznachrichten auf Twitter
- h. Diskussionsveranstaltung in der Gemeindehalle
- i. Internetseiten der Parteien
- j. Zeitungsanzeigen
- k. Kundgebungen der Spitzenkandidaten:innen
- l. ...

- ➡ 1. Welches Mittel (a–l) eignet sich gut, um die Wahlkampfziele (1–8) zu erreichen? Ordne zu, z.B.: 6f, ...
- ➡ 2. Diskutiert: Sind Wahlkämpfe wichtig für die politische Auseinandersetzung in einer Demokratie?

Roboter als Wahlkämpfer? (1)

Social Bots sind „von Menschen programmierte Software-Roboter“*, die automatisiert in Sozialen Netzwerken bestimmte Aufgaben übernehmen. Als Meinungs- oder Propaganda-Bots können sie die öffentliche Meinung beeinflussen. Einige Experten sagen, dass solche Bots bereits in den amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2016 eingegriffen haben. Können die Meinungs-Roboter auch auf die Wahlen bei uns Einfluss nehmen?

➔ 1. Gefährden Social Bots die Demokratie? Beschreibe, wie sich die Verwendung von Meinungs-Robotern bei Wahlkämpfen auswirken könnte (M1, M2).

— M1: Wahlsieg durch Falschmeldungen?

Was sind 100 Euro im Wahlkampf wert? Das Geld reicht, um eine Straße zu plakatieren oder 250 Kugelschreiber zu verteilen. Eine Partei könnte auch Facebook-Werbung schalten und auf Likes hoffen. Allerdings käme niemand auf die Idee, einen Menschen zu bezahlen, damit er vor dem Brandenburger Tor gegen Ausländer demonstriert. Im Netz ist das anders. Für wenig Geld kann sich dort jeder eine ganze Demonstranten-Armee leisten.

Sie heißen Social Bots und geben vor, echte Menschen zu sein. Kleine Programme, die im Netz automatisiert Botschaften verbreiten, zum Beispiel über Fake-Accounts auf Twitter oder Facebook. Das Verlockende: Wer sich nicht total dämlich anstellt, wird nie dabei erwischt, dass er Meinungsroboter für sich arbeiten lässt. (...) [Die Social] Bots können durch unzählige Fake-Kommentare beeinflussen, womit sich Politiker und Medien befassen. Gleichzeitig können sie andere Themen unterdrücken, indem sie mit ihrer schieren Masse einen Hashtag kapern**.

Stellen wir uns das folgende Szenario vor: Es ist der Tag der Bundestagswahl. An einem Bahnhof explodiert eine Bombe. In den sozialen Medien verbreitet sich rasend schnell die Falschmeldung, dass Angela Merkel persönlich von den Anschlagplänen gewusst habe, aber vor der Wahl keine Razzien in Flüchtlingsheimen durchführen lassen wollte. Bots heizen die Stimmung zusätzlich auf und fordern Überwachung und Politiker, die hart durchgreifen. Sie teilen die Nachricht überall.

— Quelle: Jenna Behrends, „Roboter gefährden unsere Demokratie. So sollten wir uns wehren“, www.bento.de, 22.11.2016.

— M2: Moderne Wahlkampfplanung?

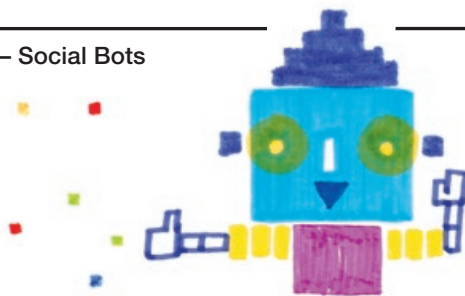


* Simon Hegelich, „Invasion der Meinungs-Roboter“, 2016, www.kas.de/wf/doc/kas_46486-544-1-30.pdf?16102112447.

** „mit dem Ziel diesen mit anderen Inhalten zu füllen, ihn unbenutzbar zu machen oder gar im Sinne des Steuernden komplett zu übernehmen.“

Markus Reuter, „Fake-News, Bots und Sockenpuppen – eine Begriffserklärung“, www.netzpolitik.org, 29.11.2016.

— Social Bots



Das Wort „Bot“ steht als Kurzform für den englischen Begriff „Robot“ (Roboter). Bots sind Computerprogramme, die automatisiert bestimmte Aufgaben, z.B. in den Sozialen Netzwerken, erfüllen. Sie können als technische „Helferlein“ im Alltag agieren, indem sie z.B. aus einem Blog-Eintrag einen Tweet erstellen, ohne dass dieser vom Inhaber des Twitter-Accounts erst selbst formuliert werden muss.

Sie können aber auch durch massenhaftes Teilen, Liken oder Kommentieren die öffentliche Diskussion in eine bestimmte Richtung beeinflussen. Dafür täuschen sogenannte Meinungs-Bots vielfach komplette menschliche Identitäten in Fake-Accounts vor („fake“: engl. Fälschung). Sie treten dann im Internet wie echte Menschen auf, können aber von anderen Nutzern meist nicht als Roboter identifiziert werden.

Ihre Aufgabe kann z.B. sein, immer dann Überschrift und Link zum Artikel einer bestimmten Online-Zeitung zu posten, wenn die Überschrift das Wort „Terror“ enthält und diesen Post dann mit dem Hashtag #LieberSicherAlsFrei zu versehen.

Solche Social Bots können auch daraufhin programmiert sein, Nutzern nach einem bestimmten Muster Freundschaftsanfragen zu senden, beispielsweise wenn diese Nutzer bestimmte Posts oder Personen gelikt haben oder bestimmte Hashtags nutzen. Oder: Die Bots liken selbst alle Facebook-Posts bestimmter Nutzer oder mit einem bestimmten Schlagwort (z.B. „Gutmensch“).

Schwierig ist dabei technisch und damit auch rechtlich die Abgrenzung vom kleinen „Helferlein“ zum Meinungs-Bot.

— Quelle: bpb, in Anlehnung an <https://netzpolitik.org/2016/fakenews-social-bots-sockenpuppen-begriffsklaerung/>; hier gibt es u.a. Tipps, wie Nutzer Bots erkennen können.

— Tipp: Viele weitere Tipps und Links zu Social Bots, Fake News und wie jeder Nutzer damit umgehen kann, gibt es unter www.bpb.de/lernen/243064 und bei botswatch.de, hoaxmap.org und <https://www.mimikama.at/allgemein/fake-news-erkennen/>.

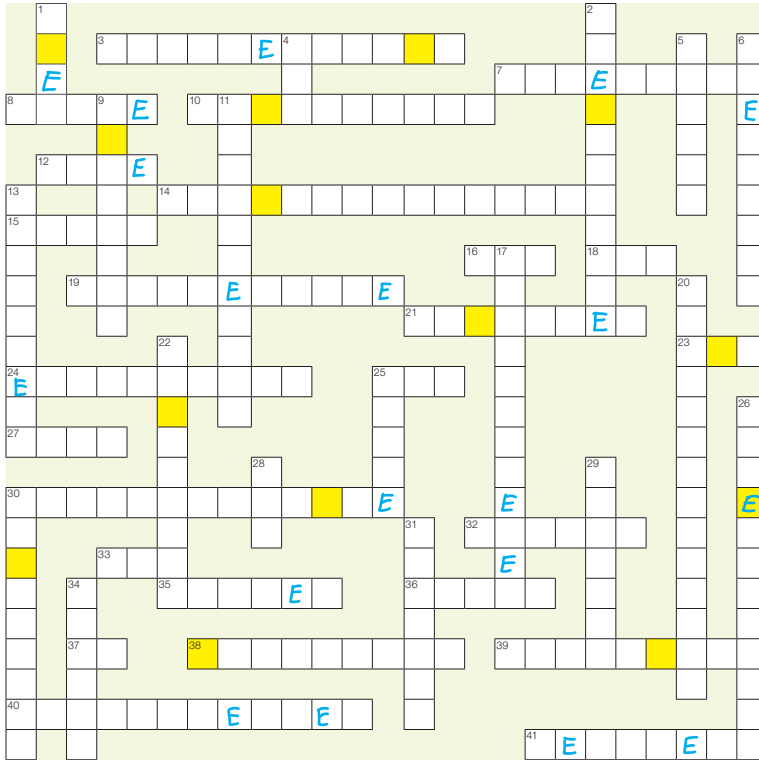
Roboter als Wahlkämpfer? (2)

➡ Wie umgehen mit Fake-News und Social Bots?

Wer...	... kann / sollte was tun?	Welche Einwände und Schwierigkeiten gibt es?
Der Gesetzgeber...	... sollte die Verwendung von Social Bots verbieten und die Verbreitung von Fake-News unter Strafe stellen.	Bot-Entwickler können schwer identifiziert oder zurückverfolgt werden. Zudem ist es schwierig, zu unterscheiden, wann ein Bot als Meinungs-Roboter verwendet wird und wann als Unterstützung für andere automatisierte Prozesse.
	... sollten im Wahlkampf auf Social Bots und das Verbreiten gefälschter Nachrichten verzichten.	
Technologie-Unternehmen*...	... könnten technische Lösungen anbieten, um Bot-Netzwerke zu entfernen oder zumindest zu enttarnen.	Bots werden immer raffinierter und weichen der Erkennungs-Software aus.
	... sollten die Öffentlichkeit sensibilisieren und über die politische Wirkungsmacht von Social Bots aufklären.	
	... sollten die Medienbildung ausbauen, um besonders Jugendliche darin zu stärken, ihre Mediennutzung zu reflektieren.	
Alle Nutzer von Sozialen Netzwerken...		

* Zu den bekanntesten Technologie-Unternehmen im Bereich Soziale Medien gehören Facebook und Twitter.

➡ 2. Schau dir die Tabelle an. Ergänze und erörtere die Lösungsvorschläge.



Der Timer – Notizkalender für das ganze Schuljahr
160 Seiten, spannend, werbefrei! Jedes Jahr im Juni NEU!
www.bpb.de/timer — Instagram: @bpb_timer

Jetzt
bestellen!

TIMER

Fax-Bestellblatt (03 82 04) 6 62 73
E-Mail: bestellungen@shop.bpb.de

Das Bestellblatt kann auch in einem Fensterumschlag per Post verschickt werden.
Bitte ausreichend frankieren!

— Versandbedingungen im Inland:

Sendungen bis 1 kg sind versandkostenfrei. Bei Paketsendungen innerhalb Deutschlands entstehen dem Besteller **Versandkosten** in Höhe von 5,00 Euro pro Paket (max. 20 kg pro Paket). Großbestellungen ab 100 kg werden per Spedition ausgeliefert. Verbraucher[☒] haben ein vierzehntägiges **Widerrufsrecht**. Machen Sie von Ihrem Widerrufsrecht Gebrauch, so tragen Sie die unmittelbaren Kosten der Rücksendung der Medien. **Detaillierte Informationen** z.B. bei Versand ins Ausland, Speditionskosten, zu den Zahlungsbedingungen (nur Überweisung möglich!), den Lieferzeiten und dem Widerrufsrecht erhalten Sie in unserem Online-Shop unter www.bpb.de/shop sowie telefonisch unter +49 (0)228-99515-0.

An den:

Publikationsversand der Bundeszentrale
für politische Bildung/bpb
Postfach 501055

18155 Rostock

Lieferanschrift

☐ Schule
☐ Privat

Vorname: _____

Name: _____

Klasse/Kurs: _____

Schule: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail (freiwillig): _____

Ich stimme der Speicherung meiner Bestell-Daten* zu. Die bpb versichert, dass die Angaben ausschließlich im Rahmen der Aufgaben der Bundeszentrale für politische Bildung verarbeitet werden.

Unterschrift: _____

* Die angegebenen Daten werden von der bpb auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. b EU-DSGVO zur Erfüllung des Vertrags oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen verarbeitet. Die Daten werden zu diesem Zweck an unseren Versanddienstleister (IBRO GmbH) weitergegeben. Ausführliche Informationen zu Datenschutz und Betroffenenrechten finden Sie hier: www.bpb.de/datenschutz.

— Logbuch Politik



Du hast einen Auftrag!

64 Seiten zum Vollschieben, Kritzeln, Einkleben:
Notiere deine Beobachtungen im Alltag,
tausche dich aus und finde heraus, wo dein Leben
überall Berührung mit politischen Themen hat!

Logbuch Politik Bestell-Nr. 5339

Bitte senden Sie mir:

— Thema im Unterricht/Extra: Arbeitsmappen

Bestell-Nr. 5399 Ex. Was heißt hier Demokratie?
Bestell-Nr. 5338 Ex. Zeitgeschichte für Einsteiger[☒]
Bestell-Nr. 5336 Ex. Wirtschaft für Einsteiger[☒]
Bestell-Nr. 5333 Ex. Gesellschaft für Einsteiger[☒]
Bestell-Nr. 5332 Ex. Politik für Einsteiger[☒]
Bestell-Nr. 5317 Ex. Grundgesetz für Einsteiger[☒]
Bestell-Nr. 5306 Ex. Europa für Einsteiger[☒]

— Falter

Bestell-Nr. 5449 Ex. Die Bundespräsidenten und Bundeskanzler[☒]
der Bundesrepublik Deutschland
Bestell-Nr. 5433 Ex. Die Europäische Union. Zeitleiste 1945–2019

— Themenblätter im Unterricht

Bestell-Nr. 5416 Ex. Klimaschutz und gesellschaftlicher
Wandel (Nr. 122)
Bestell-Nr. 5415 Ex. Rüstungsexporte aus Deutschland:
Grundlagen und Kritik (Nr. 121)
Bestell-Nr. 5414 Ex. Mahnmal Erster Weltkrieg –
Perspektiven der Erinnerung (Nr. 120)
Bestell-Nr. 5413 Ex. Digitale Öffentlichkeit, Social Media
und ich (Nr. 119)
Bestell-Nr. 5408 Ex. Rechtspopulismus – Herausforderung
für die Demokratie? (Nr. 114)
Bestell-Nr. 5998 Ex. Minderheiten und Toleranz (Nr. 105)

THEMATISCH ERHELLEND. NICHT NUR FÜR EINSTEIGER!

Dein idealer Begleiter fürs Lernen in der Schule oder daheim: unsere Reihe „Thema im Unterricht/Extra“. Auf je 20 bis 36 herausfordernden Arbeitsblättern findest du vielfältige Aufgaben zu spannenden Themen aus Gesellschaft, Geschichte, Wirtschaft und Politik. Aha-Erlebnisse garantiert: für Einsteiger und Aufsteiger!

www.bpb.de

> Shop > Lernen > Thema im Unterricht

bpb
Bundeszentrale für
politische Bildung

Quizheft Politik

Bestell-Nr. 5301 — ISBN 978-3-8389-7139-1



Thema im Unterricht/Extra Arbeitsmappe Zeitgeschichte für Einsteiger

Bestell-Nr. 5338 — ISBN 978-3-8389-7092-9



24
Arbeitsblätter
ab Klasse 8

Thema im Unterricht/Extra Arbeitsmappe Wahlen für Einsteiger

Bestell-Nr. 5307 — ISBN 978-3-8389-7004-2



36
Arbeitsblätter
ab Klasse 8

Thema im Unterricht/Extra Arbeitsmappe Was heißt hier Demokratie?

Bestell-Nr. 5309 — ISBN 978-3-8389-7068-4



Thema im Unterricht/Extra Arbeitsmappe Wirtschaft für Einsteiger

Bestell-Nr. 5336 — ISBN 978-3-8389-7052-3



Thema im Unterricht/Extra Arbeitsmappe Politik für Einsteiger

Bestell-Nr. 5332 — ISBN 978-3-8389-7023-3

